

Körting ohne Durchblick - Finanzchaos bei Polizei



Frank Henkel

Nach einer Pannenserie bei Dienstwagen und dem Computersystem POLIKS gibt es eine neue Hiobsbotschaft für die Berliner Polizei. Laut Presseinformationen konnte die Polizei offene Handwerkerrechnungen in Höhe von 2,5 Mio. Euro nicht begleichen. Leidtragende sind die zumeist mittelständischen Baufirmen und kleine Handwerksbetriebe. Der innenpolitische Sprecher der Berliner CDU-Fraktion,

Frank Henkel, bezeichnete den Vorgang als „skandalös“ und kritisierte Innensenator Körting scharf: „Dies ist eine schwere Belastung der Polizei. Das Verschul-

den liegt beim Innensenator. Herr Körting hat der Polizei zwar immer mehr und neue Ausgaben verordnet, bei der Finanzierung jedoch die Polizei allein

gelassen. Dass nun dieses Finanzierungschaos auch noch zur Belastung des Berliner Mittelstands aufgrund ausstehender Forderungen gegen die Polizei wird, gehört zur traurigen Wahrheit dieses rot-roten Senats von Abbruch, Abbau und Verschuldung.“ Allein in den letzten drei bis vier Jahren sei bei den Aufwendungen für bauliche Unterhaltung eine Lücke von ca. 10 Mio. Euro entstanden, so Henkel. Dies hauptsächlich, weil man die Polizei aus Mietobjekten in Neubauten ziehen ließ und verschiedene Polizeiabschnitte zusammen-

gelegt hat, was wiederum zu neuen Baukosten führte. Insgesamt waren diese Bauleistungen jedoch nicht ausfinanziert. Henkel: „Dies rächt sich jetzt - Leidtragende sind die Baufirmen.“ In der Hauptstadt gingen wegen säumiger Zahler jährlich 5000 Arbeitsplätze bei mittelständischen Firmen verloren. Viele Handwerksbetriebe hätten eine dünne Eigenkapitaldecke. Henkel dazu: „Zumindest die Zahlungsmoral sollte Rot-Rot angesichts der Massenarbeitslosigkeit in und um Berlin noch etwas wert sein.“



Wowereit beugt sich Druck der WM-Organisatoren



Ingo Schmitt

Mit der Entscheidung des rot-roten Senats, die Fanmeile zur FIFA-WM 2006 auf der Straße des 17. Juni einzurichten, findet ein monatelanger Eiertanz ein Ende. Es ist jedoch zu befürchten, dass Berlin im Vergleich zu anderen WM-Städten ins Hintertreffen geraten ist.

Der Landesvorsitzende der Berliner CDU, Ingo Schmitt, sagte: „Die monatelange Hängepartie des Senats und das lange Festhalten am ungeeigneten Standort Spreebogenpark hat die deutsche Hauptstadt vor allem Zeit gekostet. Während allen anderen Städte sich schon frühzeitig auf ihre Fanmeilen festgelegt

haben, kann Berlin erst jetzt mit der Organisation der WM-Aktivitäten beginnen.“

Offensichtlich, so der CDU Bundestagsabgeordnete weiter, konnte sich der Se-

nat erst durch den massiven Druck der WM-Organisatoren zu einer endgültigen

Entscheidung durchdringen.“ Die Berliner CDU hatte aus Sicherheits- und Kapazitätsgründen schon frühzeitig auf die Bedenken bezüglich des von Wowereit favorisierten Standortes Spreebogenpark hingewiesen. Schmitt: „Nach der Hängepartie des rot-roten Senats bleibt zu hoffen, dass die weiteren Vorbereitungen zur Fußball-WM reibungsloser ablaufen werden und eine erneute Intervention von FIFA und dem deutschen WM-Organisationskomitee unnötig ist.“ Das Vorgehen des Wowereit-Senats, so der CDU-Politiker, sei abermals nicht von großer Professionalität geprägt. Schmitt: „Berlin ist das Schaufenster Deutschlands in die Welt und der Senat kann es noch nicht einmal richtig dekorieren.“



Fanmeile jetzt doch auf der Straße des 17. Juni

Charité benachteiligt Berliner Mittelstand



Stephan Tromp

Die Charité plant Medienberichten zufolge, das Unternehmen Dussmann als Partner auszuwählen, der alle Serviceleistungen in einer Tochtergesellschaft zentral bündeln soll. Das Nachsehen hätte der Mittelstand, viele Arbeitsplätze wären bedroht.

Nach Ansicht des wirtschaftspolitischen Sprechers der Berliner CDU-Fraktion, Stephan Tromp, verstoße das Ausschreibungsverfahren gegen die Vergabeordnung. IHK und Handwerkskammer teilten diese Auffassung. Tromp forderte Wirtschaftsminister Harald Wolf auf, im Interesse einer besseren Wirtschaftsstruktur und eines fairen Umganges mit

dem Mittelstand, ein neues Ausschreibungsverfahren einzuleiten. Tromp weiter: „Nur über den Wettbewerb würde die Charité ihre Servicedienstleistungen kostengünstig einkaufen können. Blicke die Charité bei ihrer Auffassung, alles in einer Servicegesellschaft zu bündeln, drohten unnötig hohe Preise. Zudem würde der Mittelstand durch das große Volumen des Pro-

jekts ausgeschlossen werden. Nach Befürchtungen der IHK könnten bei der Vergabe an nur ein Konsortium bis zu 2.500 Arbeitsplätze vernichtet werden.“ Abschließend sagte Tromp: „Auf der einen Seite will die Charité bei ihren Beschäftigten um jeden Preis sparen, auf der anderen Seite schmeißt sie das Geld bei den Servicedienstleistungen wieder zum Fenster

raus. Dies passt beim besten Willen nicht zusammen.“ Der CDU-Politiker fordert die Charité auf, die Servicetochter zukünftig alleine zu betreiben, ihre Aufträge in mehrere Lose zu unterteilen und mit mehreren Unternehmen aus dem Servicebereich zusammenzuarbeiten, um auch zukünftig einen Wettbewerb um die Aufträge der Charité zu ermöglichen.“